



2013/45 Thema

<https://jungle.world/artikel/2013/45/gransee-angst-asylanten-sicherheit>

Deutsche Dörfer I: Gransee

Gransee: Angst, Asylanten, Sicherheit

Von **Manja Präkels**

In Brandenburg soll in Gransee eine Unterkunft für Asylsuchende entstehen. Dagegen wehrt sich ein ganzer Landkreis. Pogromstimmung gegen Ausländer und »Zecken« ist dort nicht neu.

»Natürlich sind zehn Deutsche dümmer als fünf Deutsche.« Als Heiner Müller das 1990 sagte, lebte ich im Landkreis Gransee unter – von einem mosambikanischen Brötchenauslieferer abgesehen – 43 000 Deutschen. Zwei Jahre später geriet der Kreis kurz in die Schlagzeilen, nachdem der Polizeibericht einen Überfall in einer Diskothek mit tödlichem Ausgang vermeldet hatte: Fußtritte auf einen am Boden Liegenden. Der Vorfall wurde ignoriert, dafür war eine Gebietsreform Thema, die den Kreis Oberhavel schuf. Ich arbeitete damals als Lokaljournalistin bei der Märkischen Allgemeinen und blieb bis 1998. Da war die Entleerung der Innenstädte und Dorfstraßen, der Verlust von Öffentlichkeit, den wir heute in allen Provinzen erleben, bereits weit vorangeschritten. Kulturhäuser waren zu Ruinen geworden, Kinos entkernt, kulturelle Infrastruktur zerschlagen. Alter Adel, Kirche und neue Großbauern hatten begonnen, die Kartoffelsteppen und Kiefernwälder, für die sich kein westdeutscher Konzern interessierte, wieder untereinander aufzuteilen. Landflucht setzte ein.

Mit 53 Einwohnern pro Quadratkilometer hat das Amt Gransee heute dieselbe Bevölkerungsdichte wie Kenia und wirbt um Besucher. Die Reisebusse planen für Kirche, Stadtmauer, Luisendenkmal – eine knappe Stunde ein. Mehr Außenkontakt gibt es nicht. Doch nun will die Kreisverwaltung Oranienburg im ehemaligen Jobcenter in der Waldsiedlung eine Gemeinschaftsunterkunft für 80 Menschen einrichten, auch Flüchtlinge aus Kenia werden erwartet. Das ist ein Novum für die Granseer, die Aufregung ist groß. Als durch eine »Indiskretion« die geplante Errichtung des Flüchtlingsheims früher als beabsichtigt bekannt wurde, entstand die Facebook-Seite »Kein Heim für Gransee«. Binnen vier Tagen fanden sich tausend Fans, die dort aus der Jungen Freiheit zitieren, NPD-Videos hochladen, gegen Journalisten hetzen. Dies brachte den zuständigen Landrat und seinen Sozialdezernenten in Zugzwang. Eilig wurde eine Bürgerversammlung anberaumt.

Landrat Karl-Heinz Schröter (SPD) hat sich seinen Spitznamen »Genosse Granit« redlich

verdient. Er regiert seit Mai 1990 und war in dieser Zeit zweimal Gewinner des »Denkzettels«, den der brandenburgische Flüchtlingsrat jährlich für strukturellen und systeminternen Rassismus verleiht. Gegen den Widerstand des eigenen Kreistags hält Schröter eisern an Gutscheinsystem und Residenzpflicht fest. Nun soll ausgerechnet er die Granseer überzeugen, keinen Ärger zu machen.

Das Polizeiaufgebot vor der Turnhalle des Strittmatter-Gymnasiums ist groß. Die Beamten verwehren Steve Schmidt, aus dem Umfeld der Jungen Nationaldemokraten Oranienburg, den Einlass. Von NPD-Einpeitschern unbehelligt, bleibt die Versammlung ruhig. Auch weil der Sozialdezernent Michael Garske und sein Landrat souverän auf Ressentiments der »betroffenen« Anwohner eingehen. Die sorgen sich um eine mögliche Entwertung ihrer Immobilien und darum, dass die Polizeiwache nur tagsüber besetzt ist. Die Worte »Angst«, »Asylanten« und »Sicherheit« dominieren die Diskussion. Schröter ergänzt ein »dramatisch«, immer dann, wenn es um die zugewiesenen Kontingente geht: »Gestern ereilte uns eine neue Information, dass zu den uns bekannten Zahlen 24 weitere Asylsuchende unterzubringen sind. Meine Damen und Herren, das verlangt von uns unglaublich viel.«

Auffällig ist die Abwesenheit der Facebook-Heimgegner. Hier reden nur Eigenheimbesitzer und Lehrer. Eine große Unkenntnis der Situation von Flüchtlingen ist allen gemein, einzig der Pfarrer einer nahegelegenen Gemeinde verweist auf die menschliche Katastrophe hinter den Zahlen und Statistiken, die den Anwesenden per Powerpoint-Präsentation präsentiert werden. Facebook, Frontex, Lampedusa – sein atemloser Vortrag hinterlässt irritiertes Schweigen im Saal und eine Ahnung von der Ahnungslosigkeit. In den vergangenen 20 Jahren waren es vorwiegend Russlanddeutsche, die in Wohnungen untergebracht wurden, ihre Kinder einschulten, auf Arbeit hofften, weiterzogen. Das Flüchtlingsheim im benachbarten Zehdenick war schon 1992 nach einem Brandanschlag aufgelöst worden. Die Gedanken aber blieben da, die Langeweile und die Wut. Bei der letzten U18-Wahl im Jugendklub setzte jeder zehnte Schüler sein Kreuz bei der NPD.

Als sie Ingo Ludwig vor einer Dorfdisko bei Gransee tot traten, war ich eine von 100 Zeuginnen des brutalen Überfalls. Daran erinnern kann und will sich bislang niemand, außer mir. »Ingo eignete sich nicht zur Heldenfigur«, erzählt mir Jahre später ein Pfarrer, der ihn kannte. Den Wahrheitsgehalt der staatlich geförderten Legende über die Todesumstände zweifelt er nicht an. Vielleicht auch, weil in seinem Dorf ein paar Jahre später ein weiterer Junge umkam. Zwei Nazis-Skins und ihre Freundin hatten die »Zecke« auf dem Rückweg von einem für sie folgenlosen Strafprozess von der Straße gedrängt. »Wir haben begonnen, 31 Fälle, bei denen man von rechtsextremistisch oder rassistisch motivierter Gewalt ausgehen kann, zu untersuchen – auf der Basis der uns überlieferten Gerichts- und Ermittlungsakten«, sagte Christoph Kopke, Leiter der Projektgruppe am Moses-Mendelssohn-Zentrum Potsdam, dem RBB. Den Auftrag zur Studie erteilte das Brandenburger Innenministerium, die Forscher haben bei ihrer Arbeit bereits neun bisher unberücksichtigte Verdachtsfälle entdeckt. Der am Projekt beteiligte Verein Opferperspektive hatte über Jahre auf die Diskrepanz zwischen offiziell anerkannten Zahl der Opfer rechter Gewalt und dem Ergebnis eigener Recherchen hingewiesen. Auch der Fall Ingo Ludwig wird jetzt neu untersucht. Die Granseer haben andere Sorgen. Ein Mann aus der Waldsiedlung ergreift das Wort: »Ich sage es ihnen ganz ehrlich: Keiner

will diese Asylanten hier haben.« Der Landrat erwidert: »Wenn es danach ginge, könnten wir ja nirgendwo eine Unterkunft aufmachen.« Garske ergänzt: »Asylbewerber werden in der Einrichtung zu gemeinnütziger Tätigkeit herangezogen. Sie halten ihr Umfeld selbst sauber.« Die Leute schweigen. Sie wissen, was sich gehört, auch die Vertreter örtlicher Bündnisse, die sich mit den Flüchtlingen solidarisieren wollen. Und doch bleiben sie an diesem Abend stumm, so wie die Vertreter der Partei »Die Linke«. Sie überlassen das Wort einer Lehrerin: »Hier schießen Pflegefamilien mit schwer Erziehbaren wie Pilze aus dem Boden.« Sie macht keinen Hehl aus ihren Ressentiments. Das Wort »Assi« wohnt in vielen Köpfen gleich neben »Neger«. Auch Ingo Ludwig konnte man angucken und »Assi« denken, wenn er betrunken auf der Treppe der Dorfkneipe saß. Die war wenige Wochen vor dem Mord schon einmal überfallen worden. Marodierende Nazigangs zogen über die Landstraßen und schlugen die verbliebene Subkultur, die wenigen Orte, an denen Menschen noch unabhängig von Alter und Schicht zusammenfanden, zu Klump. Die Powerpoint-Präsentation ist zu Ende. »Wer übernimmt eigentlich die Kosten«, fragt eine Lehrerin. Sie blickt verschwörerisch in die Runde. Der Sozialdezernent betont nochmals den Anstieg der Flüchtlingszahlen: »Um 280 Prozent!« Raunen im Saal.

Gransee hat zwar noch keine Debatte um Flüchtlinge, wohl aber eine um NS-Täter hinter sich. Heinz Barth, der Mörder von Oradour, dem Massaker an 642 französischen Zivilisten, lebte unbehelligt in Gransee und flog durch einen Zufall 1976 auf. Auch nach seiner Verurteilung durch ein DDR-Gericht hielten viele zu ihm. Nach dem Mauerfall beantragte Barth unter seiner Granseer Adresse eine Opferrente. Die »Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS e. V. (HIAG)« half ihm, das Amt zahlte. Als das Ende der neunziger Jahre bekannt wurde, hieß es in Gransee: »Kümmert euch um die Roten!« Barth wurde zum Helden der lokalen Naziszene. In der Nacht zum 5. Januar 1992 kamen sie im Dutzend, fielen mit Baseballschlägern bewaffnet in die Disko ein. Der Polizeibericht vermeldete: »Am vergangenen Sonntag kam es in Klein-Mutz in der Gaststätte ›Wolfshöhle‹ zu einer Auseinandersetzung, die tödlich endete. Der 18jährige Ingo L. aus Grüneberg trug Verletzungen im Gesicht, am Hals und am Körper davon. Der zu Hilfe gerufene Arzt stellte gegen 1.20 Uhr den Tod fest. Als Ingo L. am Boden lag, versetzte Oliver Z. ihm mehrere Fußtritte. Er trug sogenannte ›Doggs‹, Schuhe mit Eisenspitzen.«

Zwei Jahre später, im März 1994, wollten die Grünen in einer Großen Anfrage im Bundestag wissen: »Mit welchen Maßnahmen reagierte die Bundesregierung anlässlich der Todesfälle durch Gewalttaten, a) als am 5. Januar 1992 ein Jugendlicher im brandenburgischen Gransee durch etwa 15 Skinheads totgeschlagen wurde (...)?)« In der Stellungnahme des Innenministeriums hieß es: »Nach Auskunft der Landesbehörde für Verfassungsschutz Brandenburg ist der Tod nicht auf die gewalttätigen Angriffe der Jugendlichen zurückzuführen.« Der später Verstorbene sei nach dem Genuss von Alkohol die Treppe des von ihm besuchten Lokals hinuntergestürzt. »Er wurde von mehreren Jugendlichen, die der ›rechten‹ Szene zuzurechnen sind, zu einem Kraftfahrzeug gebracht. Als er die Jugendlichen beschimpfte, schlugen diese auf ihn ein. Im Krankenhaus verstarb er dann. Der Tod ist eindeutig auf Verletzungen zurückzuführen, die er sich beim Treppensturz zugezogen hatte.«

Wenn man die drei flachen Stufen der Dorfkneipe vor Augen hat und die Pogromstimmung jener Jahre in den Knochen, zerfällt die Geschichte von der hilfsbereiten Horde Skins.

In Folge dieses Gewaltexzesses begann damals eine Debatte um Springerstiefel als Mordwaffe, die darin gipfelte, dass die Diskos ein Verbot erteilten. Es floss viel Geld in die akzeptierende Jugendarbeit, was die Opfer zusätzlich in Gefahr brachte. Im gesamten Altkreis Gransee existieren bis heute, von evangelischen Kirchengemeinden abgesehen, keine Schutzorte. Die wenigen Enthusiasten arbeiten auf eigenes Risiko, Finanzierungen werden nie langfristig gewährt. Das gilt auch für Beratungsangebote. Der im Polizeibericht als »Haupttäter« geführte Oliver Z. wurde bis vor kurzem auf der Homepage eines Jugendclubs genannt, als Vorsitzender des Trägervereins. Nach dem Beginn der Ermittlungen des Moses-Mendelssohn-Zentrums verschwand er von der Seite. Schröter, der ewige Landrat, lobt die Granseer: »Ich fahre mit einem guten Gefühl weg.« Er verweist auf das Unterstützerinnen-Netzwerk: »Ich finde das toll, von ihrer Frauengruppe.« Tatsächlich gibt es in Oberhavel eine ganze Reihe starker Kampagnen, wie das Bündnis für den Gutscheinboykott in Henningsdorf, deren größtes Problem Schröter heißt. Zum Abschluss der Bürgerversammlung bietet Schröter den Anwesenden einen Busausflug in die Gemeinschaftsunterkunft nach Stolpe-Süd an: »Es sieht überhaupt nicht vermüllt aus«, betont er. »Sie werden feststellen, dass es dort keine Probleme gibt.«